



Gemeinderat

Protokoll Nr. 01/2026

Datum Donnerstag, 29. Januar 2026

Dauer 14:00 - 17:00 Uhr

Anwesend

Präsident Hanueli Salis

Mitglieder Sandra Adank-Arioli

Flavia Brüesch

Corina Cabalzar

Vincenzo Cangemi

Angela Carigiet Fitzgerald

Giulia Casale

Silvio Curschellas

Géraldine Danuser

Rainer Good

Walter Hegner

Peter Kamber

Dylan Lanfranchi

Leonie Liesch

Daniel Lütscher

Johannes Meyer

Martina Nett Schatz

Barbara Rimml

Tino Schneider

Giancarlo Weingart

Sandy Z'Graggen

Stadtrat Stadtpräsident Hans Martin Meuli

Stadtrat Patrik Degiacomi

Stadtrat Simon Gredig

Protokoll Stadtschreiber Marco Michel





Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 11. Dezember 2025
2. Vereidigung von zwei neuen Gemeinderatsmitgliedern
3. Vereidigung erstmals anwesender Stellvertreterinnen und Stellvertreter
4. Wahl der Redaktionskommission für das Jahr 2026
5. Botschaft Volksinitiative "Für bezahlbare Wohnungen"
6. Auftrag Giulia Casale und Vincenzo Cangemi und Mitunterzeichnende betreffend Anpassung der Gesetzesgrundlage betreffend Regelung Anstellungsverhältnis und Auftragsvergabe an Gemeinderatsmitglieder; Antrag zur Fristverlängerung
7. Auftrag Angela Carigiet Fitzgerald und Mitunterzeichnende betreffend Rekonstruktion Kinderbecken Badi Sand; Antrag zur Fristverlängerung
8. Interpellation Leonie Liesch und Mitunterzeichnende betreffend Temporärer Versuch für mehr Ruhe, Sicherheit und Gastfreundschaft am Bahnhofplatz Chur; Antwort
9. Interpellation Martina Nett Schatz und Mitunterzeichnende betreffend Bezahlbare KITAS in der Stadt Chur; Antwort
10. Fragestunde vom 29. Januar 2026 gemäss Art. 61 Geschäftsordnung (bei Bedarf)

1. Protokoll der Sitzung vom 11. Dezember 2025

Das Protokoll der letzten Sitzung wird genehmigt.

2. Vereidigung von zwei neuen Gemeinderatsmitgliedern

Gemeinderätin Barbara **Rimml** (SP) und Gemeinderat Dylan **Lanfranchi** (Freie Liste & Grüne) legen vor dem Gemeinderatspräsidenten das Amtsgelübde ab.



3. Vereidigung erstmals anwesender Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Keine Vereidigung erstmals anwesender Stellvertreterinnen und Stellvertreter.

4. Wahl der Redaktionskommission für das Jahr 2026

Die **Mitte-Fraktion** schlägt Tino **Schneider** vor.

Wahl:

Als Mitglied der Redaktionskommission für das Jahr 2026 wird offen und mit 20 Stimmen (1 Enthaltung) Tino **Schneider** (Die Mitte) gewählt.

Gemeinderatspräsident Hanueli **Salis** (SVP) und Gemeinderatsvizepräsidentin Corina **Cabalzar** (SP) nehmen von Amtes wegen Einsitz.

5. Botschaft Volksinitiative "Für bezahlbare Wohnungen"

Antrag

1. *Die "Initiative für bezahlbare Wohnungen" wird im Sinne eines ausgearbeiteten Entwurfs für gültig erklärt.*
2. *Die "Initiative für bezahlbare Wohnungen" wird der Volksabstimmung zur Ablehnung empfohlen.*
3. *Der Gegenvorschlag des Stadtrates wird der Volksabstimmung zur Annahme empfohlen.*

Schneider stellt im Namen der FDP-, der Mitte- und der SVP-Fraktion einen Antrag auf Rückweisung der Botschaft .



- **Antrag Schneider**

Rückweisung der Botschaft an den Stadtrat.

Abstimmung:

Die Botschaft wird mit 11 Ja- zu 10 Nein-Stimmen an den Stadtrat zurückgewiesen.

6. Auftrag Giulia Casale und Vincenzo Cangemi und Mitunterzeichnende betreffend Anpassung der Gesetzesgrundlage betreffend Regelung Anstellungsverhältnis und Auftragsvergabe an Gemeinderatsmitglieder; Antrag zur Fristverlängerung

Antrag

Dem Gemeinderat wird beantragt, die Frist zur Einreichung des Berichts zum Auftrag Giulia Casale und Vincenzo Cangemi und Mitunterzeichnende betreffend "Anpassung der Gesetzesgrundlage betreffend Regelung Anstellungsverhältnis und Auftragsvergabe an Gemeinderatsmitglieder" bis zur Gemeinderatssitzung vom 9. April 2026 zu erstrecken.

Abstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird wie folgt einstimmig zum Beschluss erhoben:

Die Frist zur Einreichung des Berichts zum Auftrag Giulia Casale und Vincenzo Cangemi und Mitunterzeichnende betreffend "Anpassung der Gesetzesgrundlage betreffend Regelung Anstellungsverhältnis und Auftragsvergabe an Gemeinderatsmitglieder" wird bis zur Gemeinderatssitzung vom 9. April 2026 erstreckt.



7. Auftrag Angela Carigiet Fitzgerald und Mitunterzeichnende betreffend Rekonstruktion Kinderbecken Badi Sand; Antrag zur Fristverlängerung

Antrag

Dem Gemeinderat wird beantragt, die Frist zur Einreichung des Berichts zum Auftrag Angela Carigiet Fitzgerald und Mitunterzeichnende betreffend "Rekonstruktion Kinderbecken Badi Sand" bis zur Gemeinderatssitzung vom 9. April 2026 zu erstrecken.

Abstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird wie folgt einstimmig zum Beschluss erhoben:

Die Frist zur Einreichung des Berichts zum Auftrag Angela Carigiet Fitzgerald und Mitunterzeichnende betreffend "Rekonstruktion Kinderbecken Badi Sand" wird bis zur Gemeinderatssitzung vom 9. April 2026 erstreckt.

8. Interpellation Leonie Liesch und Mitunterzeichnende betreffend Temporärer Versuch für mehr Ruhe, Sicherheit und Gastfreundschaft am Bahnhofplatz Chur; Antwort

Antwort des Stadtrates.

Die Interpellantin erklärt sich als von der Antwort des Stadtrates teilweise befriedigt und wünscht die Diskussion.

9. Interpellation Martina Nett Schatz und Mitunterzeichnende betreffend Bezahlbare KITAS in der Stadt Chur; Antwort

Antwort des Stadtrates.

Die Interpellantin erklärt sich als von der Antwort des Stadtrates teilweise befriedigt.



10. Fragestunde gemäss Art. 61 Geschäftsordnung

- Die Fragen von Giulia **Casale** (SP) betreffend Aktueller Stand der Umsetzung des Energierichtplan 2024 werden durch **Stadtrat Simon Gredig** beantwortet.
- Die Fragen von Silvio **Curschellas** (Die Mitte) betreffend Brandschutzmassnahmen und deren Kontrollen werden durch **Stadtrat Simon Gredig** beantwortet.

Eingang parlamentarischer Vorstösse

Der **Gemeinderatspräsident** gibt den Eingang der folgenden parlamentarischen Vorstösse bekannt:

- Auftrag Tino Schneider und Mitunterzeichnende betreffend Durchführung einer Konsultativabstimmung zu anstehenden Generationen- und Grossprojekten
- Auftrag Johannes Meyer und Mitunterzeichnende betreffend Projektüberprüfung in der Verwaltung
- Interpellation Corina Cabalzar und Mitunterzeichnende betreffend Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz – Prävention, Vorgehen und Unterstützung.
- Interpellation Sandra Adank-Arioli und Mitunterzeichnende zum Stand studentisches Wohnen und Unterbringung von Studierenden und Lernenden in der Stadt Chur

Chur, 2. Februar 2026

Der Stadtschreiber:

Marco Michel

Auftrag Tino Schneider (Die Mitte) betreffend Durchführung einer Konsultativabstimmung zu anstehenden Generationen- und Grossprojekten

Die Stadt Chur steht in den kommenden Jahren vor erheblichen finanziellen Herausforderungen. Gleichzeitig stehen verschiedene kostenintensive Generationen- und Grossprojekte zur Diskussion. Diese Projekte betreffen zentrale Infrastrukturen und Angebote der Stadt und haben langfristige Auswirkungen auf den städtischen Haushalt, insbesondere auf Investitionsvolumen sowie wiederkehrende Betriebskosten. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche dieser Grossprojekte von der Bevölkerung grundsätzlich gewünscht werden und wo aus Sicht der Churerinnen und Churer Prioritäten gesetzt werden sollen.

Die Verfassung der Stadt Chur sieht in Art. 15 mit der Konsultativabstimmung ein Instrument vor, um die Bevölkerung zu Grundsatzfragen anzuhören. Dieses dient der frühzeitigen politischen Willensbildung, ohne verbindliche Entscheide vorwegzunehmen oder spätere Zuständigkeiten von Gemeinderat, Stadtrat oder Volk einzuschränken. Das Ergebnis ist rechtlich nicht bindend. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, der Bevölkerung im Rahmen einer Konsultativabstimmung die Möglichkeit zu geben, sich zu äussern, ob, in welche Richtung und in welcher Grössenordnung bestimmte städtische Grossprojekte grundsätzlich weiterverfolgt werden sollen. Eine solche Volks-Befragung könnte unter anderem Projekte wie das Theater, die Tennisanlage, den Campingplatz, die Badi Sand, das Quader-Eis, das Thomas-Domenig-Stadion sowie das Hallen- und Freibad betreffen – je nach Projekt auch mit unterschiedlichen Varianten. Vergleichbar wurde die Churer Bevölkerung am 09.02.2014 über das Gemeindesportanlagenkonzept (GESAK) in einer Konsultativabstimmung befragt.

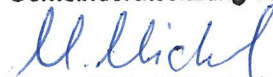
Die Unterzeichnenden beauftragen den Stadtrat daher, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Durchführung einer Konsultativabstimmung gemäss Art. 15 der Stadtverfassung der Stadt Chur zu unterbreiten. Die Konsultativabstimmung soll sich auf Grundsatzfragen zu ausgewählten städtischen Generationen- und Grossprojekten mit erheblichen finanziellen Auswirkungen beziehen. Unterschiedliche Varianten pro Projekt sind dabei bei Bedarf zu berücksichtigen und zugleich sind zu den einzelnen Projekten Angaben zu den voraussichtlichen Investitions- und Betriebskosten sowie zu möglichen langfristigen finanziellen Auswirkungen (z.B. Steuerfolgen) darzustellen.

Chur, 29. Januar 2026, Tino Schneider



Stadt Chur

Eingereicht anlässlich der
Gemeinderatssitzung vom 29.01.2026



Marco Michel, Stadtschreiber



Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

Art des Vorstosses (gem. Art. 56 Abs. 1 Geschäftsordnung für den Gemeinderat)



Auftrag



Interpellation

Eingereicht von



Ratsmitglied



Kommission

Titel Durchführung einer Konsultativabstimmung zu anstehenden Generationen- und Grossprojekten

Erstunter-
zeichnende/r



Name (A-Z)	Partei	Eingesehen (Visum)	Unterschrift
Adank-Arioli Sandra	SVP		
Brüesch Flavia	Freie Liste & Grüne		
Cabalzar Corina	SP		
Cangemi Vincenzo	SP		
Carigiet Fitzgerald Angela	SP		
Casale Giulia	SP		
Curschellas Silvio	Die Mitte		
Danuser Géraldine	GLP		
Good Rainer	FDP		
Hegner Walter	SVP		
Kamber Peter	SVP		
Lanfranchi Dylan	Freie Liste & Grüne		
Liesch Leonie	Die Mitte		
Lütscher Daniel	FDP		
Meyer Johannes	GLP		
Nett Schatz Martina	Freie Liste & Grüne		
Rimml Barbara	SP		
Salis Johann Ulrich	SVP		
Schneider Tino	Die Mitte		
Weingart Giancarlo	FDP		
Z'Graggen Sandy	FDP		

Datum: 29.01.2026

Auftrag an den Stadtrat : Projektüberprüfung in der Verwaltung

Chur wird als Hauptstadt mit Zentrumsfunktion und aufgrund der angestrebten Verdichtung weiterwachsen. Mit dem Bevölkerungswachstum steigen auch die Anforderungen an die Verwaltung. Üblicherweise reagiert man auf diese Situation mit einem Ausbau des Personals oder einem Abbau von Leistungen. Beide Ansätze sind mit Nachteilen verbunden: steigende Kosten oder eine schleichende Reduktion öffentlicher Angebote – häufig zuerst in den Bereichen Kultur und Bildung.

Für die Unterzeichnenden kommen diese beiden Wege nicht in Frage. Wir schlagen stattdessen einen alternativen Ansatz vor: die systematische Überprüfung laufender und geplanter Projekte mit dem Ziel, Ressourcen wirksamer einzusetzen und personelle Kapazitäten freizuspielen, ohne Leistungen für die Bevölkerung abzubauen.

Es gehört zur Realität jeder Organisation, dass im Laufe der Zeit Projekte entstehen, die nicht mehr dem aktuellen Bedarf entsprechen, auf überholten Annahmen beruhen, ein ungünstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweisen oder deren Priorität sich verändert hat. Solche Projekte sind oft schwer zu identifizieren oder anzupassen, unter anderem aufgrund fehlender Anreize zur frühzeitigen Offenlegung von Problemen, bereits getätigter Investitionen oder unklarer Zuständigkeiten bei Projektanpassungen oder -abbrüchen.

Auftrag

Der Stadtrat wird beauftragt:

1. Ein verbindliches Verfahren für ein projektübergreifendes Portfolio-Management einzurichten, welches Projekte systematisch überprüft, priorisiert und bei Bedarf anpasst oder beendet;
2. eine vollständige Übersicht über alle laufenden und geplanten Projekte der Verwaltung zu erstellen. Diese Übersicht enthält mindestens:
 - Startdatum
 - erreichte Meilensteine / Projektfortschritt
 - bisher getätigte Investitionen
 - geplante weitere Investitionen
 - erwartete und bisherige Wirkungen (Nutzen/Outcome)
 - gebundene Ressourcen (Personal, Finanzen, Zeit)
 - falls vorhanden: gesetzliche Grundlage
 - Priorisierung durch die jeweiligen Departementsleitungen

3. die Projekte anhand eines nachvollziehbaren Kosten-Nutzen-Verhältnisses (Value for Money) zu bewerten und Projekte mit ungünstigem Verhältnis entsprechend anzupassen oder zu beenden;
4. freiwerdende Ressourcen gezielt in höher priorisierte und wirksamere Vorhaben zu investieren;
5. die Bewertung einmalig durchzuführen, die gewonnenen Erkenntnisse in einem Bericht an den Gemeinderat darzulegen und diesem eine Entscheidungsgrundlage für das weitere Vorgehen (Weiterführung, Anpassung oder Verzicht) vorzulegen.

Chur, 26. Januar 2026

Johannes Meyer, GLP-Fraktion



Stadt Chur

Eingereicht anlässlich der
Gemeinderatssitzung vom 29.01.2026

Marco Michel, Stadtschreiber



Stadt Chur

Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

Art des Vorstosses (gem. Art. 56 Abs. 1 Geschäftsordnung für den Gemeinderat)



Auftrag



Interpellation

Eingereicht von



Ratsmitglied



Kommission

Titel

Projektüberprüfung in der Verwaltung

Erstunter-
zeichnende/r



Name (A-Z)	Partei	Eingesehen (Visum)	Unterschrift
Adank-Arioli Sandra	SVP		
Brüesch Flavia	Freie Liste & Grüne		
Cabalzar Corina	SP		
Cangemi Vincenzo	SP		
Carigiet Fitzgerald Angela	SP		
Casale Giulia	SP		
Curschellas Silvio	Die Mitte		
Danuser Géraldine	GLP		
Good Rainer	FDP		
Hegner Walter	SVP		
Kamber Peter	SVP		
Lanfranchi Dylan	Freie Liste & Grüne		
Liesch Leonie	Die Mitte		
Lütscher Daniel	FDP		
Meyer Johannes	GLP		
Nett Schatz Martina	Freie Liste & Grüne		
Rimml Barbara	SP		
Salis Johann Ulrich	SVP		
Schneider Tino	Die Mitte		
Weingart Giancarlo	FDP		
Z'Graggen Sandy	FDP		

Datum: _____

Interpellation: Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz – Prävention, Vorgehen und Unterstützung

Sexualisierte Gewalt und sexuelle Belästigung sind in unserer Gesellschaft in erschreckendem Ausmass verbreitet. Im Rahmen der 16 Tage gegen Gewalt an Frauen wurde erneut deutlich gemacht, dass nahezu jede Frau im Laufe ihres Lebens davon betroffen ist, häufig auch im beruflichen Umfeld. Davon sind folglich auch Angestellte der Stadt Chur betroffen.

Die Stadt Chur hat als Arbeitgeberin die Verantwortung (Sorgfaltspflicht), ihre Mitarbeitenden zu schützen, präventiv tätig zu sein und bei Vorfällen konsequent und transparent zu handeln. Zudem hat sich der Stadtrat departementsübergreifend das Legislaturziel gesetzt, Gesundheit, Sicherheit und Mitsprache der Mitarbeitenden zu fördern. Der Umgang mit sexueller Belästigung am Arbeitsplatz ist ein zentraler Bestandteil dieses Ziels.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

Grundlagen und Haltung

- Welche Haltung vertritt der Stadtrat gegenüber sexueller Belästigung am Arbeitsplatz?
- Gibt es städtische Richtlinien, Reglemente oder Weisungen zum Umgang mit sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt am Arbeitsplatz? Wenn ja, wie sind diese ausgestaltet und wie werden sie kommuniziert?

Prävention

- Welche präventiven Massnahmen ergreift die Stadt, um sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz zu verhindern?
- Gibt es regelmässige Sensibilisierungs- oder Informationsangebote für alle Stadtangestellten?
- Bestehen regelmässige obligatorische Weiterbildungen oder Schulungen für Führungskräfte, welche unter anderem den Umgang mit Betroffenen und bei Verdachtsfällen thematisieren?

Meldestellen und Unterstützung

- Wo können sich betroffene Mitarbeitende der Stadt melden?
- Gibt es interne und/oder externe, unabhängige Anlaufstellen?
- Ist eine anonyme Meldung möglich?
- Welche Unterstützungsangebote (z. B. Beratung, Begleitung, Schutzmassnahmen) stehen Betroffenen zur Verfügung?

Vorgehen bei Vorfällen

- Wie geht die Stadt vor, wenn ein Fall von sexueller Belästigung bekannt wird?
- Wie wird der Schutz der betroffenen Person sichergestellt?
- Wie wird Vertraulichkeit gewährleistet?
- Wie wird der Kündigungsschutz gemäss Gleichstellungsgesetz garantiert?

Konsequenzen für Täter*innen

- Welche arbeitsrechtlichen oder disziplinarischen Konsequenzen sind bei bestätigten Fällen vorgesehen?
- Gibt es klare Eskalations- und Sanktionsmechanismen?

Evaluation und Weiterentwicklung

- Wie überprüft der Stadtrat die Wirksamkeit der bestehenden Massnahmen?
- Sind weitere Massnahmen oder Weiterentwicklungen geplant?

Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Fragen und für sein Engagement für einen sicheren, respektvollen und gesundheitsfördernden Arbeitsplatz für alle Stadtangestellten.

Chur 29. Januar 2026


Corina Cabalzar



Stadt Chur

Eingereicht anlässlich der
Gemeinderatssitzung vom 29.01.2026


Marco Michel, Stadtschreiber



Stadt Chur

Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

Art des Vorstosses (gem. Art. 56 Abs. 1 Geschäftsordnung für den Gemeinderat)

☐ Auftrag



Interpellation

Eingereicht von

☐ Ratsmitglied

☐ Kommission

Titel Interpellation sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz - Prävention, Vorgehen + Unterstützung

**Erstunter-
zeichnende/r**

☐

☐

☒

☐

☐

☐

☐

☐

☐

☐

☐

☐

☐

☐

☐

☐

☐

☐

☐

☐

☐

☐

☐

☐

☐

Name (A-Z)	Partei	Eingesehen (Visum)	Unterschrift
Adank-Arioli Sandra	SVP		
Brüesch Flavia	Freie Liste & Grüne		
Cabalzar Corina	SP		
Cangemi Vincenzo	SP		
Carigiet Fitzgerald Angela	SP		
Casale Giulia	SP		
Curschellas Silvio	Die Mitte		
Danuser Géraldine	GLP		
Good Rainer	FDP		
Hegner Walter	SVP		
Kamber Peter	SVP		
Lanfranchi Dylan	Freie Liste & Grüne		
Liesch Leonie	Die Mitte		
Lütscher Daniel	FDP		
Meyer Johannes	GLP		
Nett Schatz Martina	Freie Liste & Grüne		
Rimml Barbara	SP		
Salis Johann Ulrich	SVP		
Schneider Tino	Die Mitte	T.S.	
Weingart Giancarlo	FDP		
Z'Graggen Sandy	FDP		

Datum: 29.01.2026

Gemeinderat Chur
Sitzung vom 29. Januar 2026

An den Stadtrat von Chur

Interpellation: Stand studentisches Wohnen und Unterbringung von Studierenden und Lernenden in der Stadt Chur

1. Einleitende Bemerkungen

Ich erlaube mir den Hinweis, dass ich Mitglied im Förderverein der Fachhochschule Graubünden bin. Der vorliegende Vorstoss erfolgt ausdrücklich in meiner Funktion als Gemeinderätin und im Interesse des Bildungs- und Wirtschaftsstandortes Chur insgesamt.

Die Stadt Chur positioniert sich seit mehreren Jahren gezielt als Bildungs- und Ausbildungsstandort. Mit der Fachhochschule Graubünden, der Pädagogischen Hochschule, der EHL Passugg sowie weiteren Bildungsinstitutionen beherbergt Chur eine stetig wachsende Zahl an Studierenden und Lernenden.

Gleichzeitig zeigen verschiedene Erhebungen sowie Rückmeldungen der Bildungsinstitutionen, dass sich die Wohnsituation für Studierende und Lernende in Chur zunehmend zuspitzt. Insbesondere der Mangel an bezahlbaren und studiengeeigneten Unterkünften führt dazu, dass ein grosser Teil der Studierenden ausserhalb der Stadt wohnen muss, sehr lange Pendelzeiten in Kauf nimmt oder sich teilweise gegen einen Studienstandort Chur entscheidet.

In städtischen Arbeiten und Berichten wurde ein ungedeckter Bedarf von rund **620 Wohneinheiten für Studierende und Lernende** ausgewiesen. Zudem ist bekannt, dass bestehende Angebote (z.B. Konvikt, Salufer sowie weitere institutionelle Wohnformen) die Nachfrage bei weitem nicht abdecken können und teilweise stark segmentiert oder mit Wartelisten verbunden sind.

2. Auftrag Kamber

Der Gemeinderat hat am 2. Oktober 2025 den Auftrag Kamber zur weiteren Stärkung des Bildungsstandortes Chur überwiesen. Dieser Auftrag setzt wichtige strategische Leitplanken für die zukünftige Entwicklung des Bildungsstandortes.

Der vorliegende Vorstoss versteht sich ausdrücklich nicht als Wiederholung oder Konkurrenz dieses Auftrags, sondern als ergänzende Nachfrage, mit dem Ziel, den Fokus insbesondere auf den aktuellen Umsetzungsstand, den zeitlichen Horizont sowie auf mögliche kurzfristige und mittelfristige Massnahmen im Bereich des studentischen Wohnens zu richten.

3. Resultate aus der Studierendenumfrage

Eine Umfrage unter Studierenden in Chur verdeutlicht die Dringlichkeit des Handlungsbedarfs:

- Rund zwei Drittel der Studierenden wohnen nicht in Chur, sondern pendeln von ausserhalb.
- Die durchschnittliche einfache Pendelzeit beträgt knapp eine Stunde; rund 30 % der Befragten benötigen mehr als 90 Minuten pro Weg.
- 75 % der Studierenden empfinden die Pendelsituation als störend für Studium und Alltag.
- Bei der Wohnungssuche nennen Studierende insbesondere den Mangel an bezahlbarem Wohnraum, die hohe Konkurrenz sowie die geringe Verfügbarkeit als zentrale Probleme.

Corina Wasanitz

Diese Resultate unterstreichen, dass die Problematik nicht nur struktureller Natur ist, sondern den Studienalltag und die Attraktivität des Bildungsstandortes Chur bereits heute erheblich beeinträchtigt.

Der Handlungsbedarf ergibt sich dabei nicht nur aus dem fehlenden Wohnraum, sondern auch aus dem zeitlichen Aspekt. Lösungsansätze, die erst in einem sehr langfristigen Horizont (z.B. ab 2035) wirksam werden, sind für die aktuell in Chur studierenden Personen sowie für die nahe Zukunft des Bildungsstandortes nicht ausreichend. Gefragt sind Lösungen, die kurz- bis mittelfristig, das heisst im Zeitraum 2026 bis 2030, Wirkung entfalten können.

4. Fragen

Vor diesem Hintergrund ersuche ich den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat den aktuellen Stand der Wohnsituation für Studierende und Lernende in der Stadt Chur, insbesondere vor dem Hintergrund des ausgewiesenen ungedeckten Bedarfs von rund 620 Wohneinheiten?
2. Welche konkreten Massnahmen zur Verbesserung der Situation werden derzeit geprüft oder vorbereitet, und in welchem zeitlichen Horizont rechnet der Stadtrat mit ersten spürbaren Entlastungen, insbesondere im Zeitraum 2026 bis 2030?
3. Welche städtischen Gebäude oder Parzellen kommen nach heutiger Einschätzung grundsätzlich für studentisches oder ausbildungsbezogenes Wohnen in Frage, und werden dabei auch Zwischennutzungen oder temporäre Lösungen geprüft?
4. Welche Erfahrungen und Lehren zieht der Stadtrat aus der bisherigen Prüfung des Areals *altes Stadtspital* im Zusammenhang mit studentischem Wohnen?
5. Wie gedenkt der Stadtrat, den Gemeinderat über die weiteren Schritte, Prioritäten sowie einen möglichen Zeitplan im Themenfeld studentisches Wohnen zu informieren?

Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Fragen.

Freundliche Grüsse

Sandra Adank
Gemeinderätin, SVP Chur



Stadt Chur

Eingereicht anlässlich der
Gemeinderatssitzung vom 29.01.2026

Marco Michel
Marco Michel, Stadtschreiber



Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

Art des Vorstosses (gem. Art. 56 Abs. 1 Geschäftsordnung für den Gemeinderat)

☐ Auftrag☒ Interpellation

Eingereicht von

☒ Ratsmitglied☐ KommissionTitel Studentisches Wohnen und Unterbringung von Studierenden/LernendenErstunter-
zeichnende/r

Name (A-Z)	Partei	Eingesehen (Visum)	Unterschrift
Adank-Arioli Sandra	SVP		
Brüesch Flavia	Freie Liste & Grüne		
Cabalzar Corina	SP		
Cangemi Vincenzo	SP		
Carigiet Fitzgerald Angela	SP		
Casale Giulia	SP		
Curschellas Silvio	Die Mitte		
Danuser Géraldine	GLP		
Good Rainer	FDP		
Hegner Walter	SVP		
Kamber Peter	SVP		
Lanfranchi Dylan	Freie Liste & Grüne		
Liesch Leonie	Die Mitte		
Lütscher Daniel	FDP		
Meyer Johannes	GLP		
Nett Schatz Martina	Freie Liste & Grüne		
Rimmi Barbara	SP		
Salis Johann Ulrich	SVP		
Schneider Tino	Die Mitte		
Weingart Giancarlo	FDP		
Z'Graggen Sandy	FDP		

Datum: 29.1.26